Stand: 29.03.2024 15:26:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14056

"Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)"

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/14056 vom 12.10.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15004 des HA vom 27.11.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15251 vom 12.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 10)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14056**
12.10.2012

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß, Susann Biedefeld, Christa Steiger, Reinhold Strobl, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert SPD**

Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz in der TG 88 – 91 (Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege; Beitragsentlastung für Eltern) wird im Tit. 633 91 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr) im Haushaltsjahr 2013 von 93.213,3 Tsd. Euro um 41.786,7 Tsd. Euro auf 135.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Das für die Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr ist der Einstieg in die langfristig gewünschte Beitragsfreiheit der gesamten Kinderbetreuung vor der Schule. Das letzte Kindergartenjahr trägt erheblich zu einer Vernetzung von Kindertagesstätte und Grundschule im pädagogischen Sinn bei. Das große Bildungspotenzial der Einrichtungen für Kinder vor dem Schuleintritt, insbesondere bei der Sprachförderung, und die Kooperation von Kindergarten und Grundschule werden derzeit nicht ausreichend ausgeschöpft. Ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr würde somit auch die pädagogische Konzeption einer flexiblen Einschulung verbessern. Außerdem führt ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Familien und ist somit ein wesentlicher Beitrag einer aktiven unterstützenden Familienpolitik. Die Bildung von Kindern ist Staatsaufgabe und fällt in die Zuständigkeit des Freistaates.

Der geplante Ansatz für das Haushaltsjahr 2013 reicht nicht aus, um ein beitragsfreies Kindergartenjahr zu realisieren. Da erst im Kindergartenjahr 2013/2014 mit einem Elternbeitragszuschuss von 100 Euro faktisch die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres erreicht wird (nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen liegt der durchschnittliche Elternbeitrag pro Monat bei 96 Euro (Drs. 16/10995)), ist die eine Hälfte der für das Haushaltsjahr 2013 eingestellten Mittel für die letzten vier Monate und die andere Hälfte der Mittel für die ersten acht Monate, in denen nur ein Beitragszuschuss von 50 Euro pro Monat gewährt werden soll, einzusetzen. Um die Kostenfreiheit des letzten Kindergartenjahres ab 2013 zu realisieren, müssen dementsprechend die Mittel für die ersten acht Monate verdoppelt werden, damit auch in diesem Zeitraum ein Beitragszuschuss von 100 Euro geleistet werden kann. Somit sind für die Beitragsfreistellung des letzten Kindergartenjahres voraussichtlich zusätzliche Mittel von 41.786,7 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2013 erforderlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15004 des HA vom 27.11.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15251**
12.12.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 10 werden abgelehnt:
Drs. 16/15004

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 01 Tit. 422 01 und Kap. 10 01 Tit. 428 01)
   Drs. 16/13970

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
   (Kap. 10 07 Tit. 684 70)
   Drs. 16/13971

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
   (Kap. 10 07 Tit. 684 70)
   Drs. 16/13972

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerliches Engagement“ (LNBE)
   (Kap. 10 07 Tit. 684 85)
   Drs. 16/13973

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
   (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
   Drs. 16/13974

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
   (Kap. 10 07 TG 88 – 91 neuer Tit.)
   Drs. 16/13975

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit – aber keine Werbung
   (Kap. 10 01 Tit. 531 21, Kap. 10 03 Tit. 531 21)
   Drs. 16/14006

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz – Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 16/14007

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Betreuungsvereine stärken
   (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
   Drs. 16/14008

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Insolvenzberatung ausreichend finanzieren
    (Kap. 10 03 TG 73 Tit. 684 73)
    Drs. 16/14009

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Bayerischer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
    (Kap. 10 03 neue TG)
    Drs. 16/14010

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Rechtsextremismus bekämpfen
    Aktive Demokratieförderung leisten
    (Kap. 10 03 neue TG)
    Drs. 16/14011

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung: Inklusion ermöglichen – ambulante Versorgung ausbauen
    (Kap. 10 05 TG 78 – 79)
    Drs. 16/14012

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte
    (Kap. 10 05 TG 78 – 79 Tit. 893 79)
    Drs. 16/14014

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung – Modellprojekt zur Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderung
    (Kap. 10 05 TG 78 – 79 neuer Tit.)
    Drs. 16/14015

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Förderung der Familienpflege
    (Kap. 10 07 Tit. 684 01)
    Drs. 16/14016

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Hospizarbeit
    (Kap. 10 07 TG 69 Tit. 684 69)
    Drs. 16/14017

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Jugendsozialarbeit an Schulen
    (Kap. 10 07 TG 74 Tit. 684 74)
    (Kap. 05 04 neuer Tit.)
    Drs. 16/14018

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Bildungsqualität vor Beitragsfreiheit und Landeserziehungsgeld
    (Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80 und
    Kap. 10 07 TG 88 – 91 Tit. 633 89 und 633 91)
    Drs. 16/14019

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt I: Förderung von Interventionsprojekten mit einem proaktiven Ansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/14020

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt II: Finanzierung von Frauenhäusern
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/14021

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt III: Studie über besonders verletzbare Gruppen
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/14022

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt IV: Täterprogramme für Täter häuslicher Gewalt
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/14023

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder
(Kap. 10 20 Tit. 428 11 und 234 01)
Drs. 16/14024

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Integrationszentren
(Kap. 10 50 TG 52 neuer Tit.)
Drs. 16/14025

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Integration: Projekte fördern und initiieren
(Kap. 10 50 TG 52)
Drs. 16/14026

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hauptamtliche Integrationsbeauftragte, hauptamtlicher Integrationsbeauftragter und Integrationsbeirat
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 536 52
Kap. 10 50 neue TG)
Drs. 16/14027

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern – Leverkusener Modell in Bayern verwirklichen
(Kap. 10 53 Tit. 517 01, 517 05, 518 01, 633 01)
Drs. 16/14028

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 16/14029

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Abschaffung der Essenspakete
(Kap. 10 53 Tit. 514 21)
Drs. 16/14030

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sprachkurse für Flüchtlinge
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 16/14031

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
Drs. 16/14032

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 3. Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge
(Kap. 10 53 Tit. 710 00)
Drs. 16/14033

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 16/14034

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 16/14035

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
(Kap. 10 05 TG 78 – 79)
Drs. 16/14036

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit psychischer Behinderung
(Kap. 10 05 TG 82)
Drs. 16/14037

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 16/14038

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 16/14039

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 16/14040

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit
(Kap. 10 06 Tit. 686 06)
Drs. 16/14041

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Mehrgenerationenhäusern
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 16/14042

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 10 07 Tit. 684 01)
Drs. 16/14043

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayerischer Familienbildungsstätten
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 16/14044

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 16/14045

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 16/14046

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 16/14047

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 71)
Drs. 16/14048

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 10 07 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 16/14049

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 16/14050

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 16/14051

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung des Landeserziehungsgeldes
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 16/14052

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 16/14053

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ausgaben für das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008 – 2013
(Kap. 10 07 TG 87)
Drs. 16/14054

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 16/14055

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 16/14056

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 16/14057

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Vier neue Oberamtsmeisterstellen für die Arbeitsgerichtsbarkeit
(Kap. 10 10 Tit. 422 01)
Drs. 16/14058

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Fünf neue Stellen für Arbeitsrichter
(Kap. 10 10 Tit. 422 01)
Drs. 16/14059

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheit an den Landesarbeitsgerichten und Arbeitsgerichten
(Kap. 10 10 neuer Tit. 821 31)
Drs. 16/14060

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Fünf neue Stellen für Sozialrichter
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
Drs. 16/14061

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zwei neue Amtsmeisterstellen für die Sozialgerichtsbarkeit
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
Drs. 16/14062

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheit am Bayerischen Landessozialgericht und an den Sozialgerichten
(Kap. 10 12 neuer Tit. 821 31)
Drs. 16/14063

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Institutionelle Förderung der IG-InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 16/14064

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 16/14065

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Beratung Asylsuchender in Bayern
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 16/14066

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatliche Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
(Kap. 10 03 TG 90)
Drs. 16/14069

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Abg. Heinrich Rudrof
Abg. Christa Naaß
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Renate Ackermann
Abg. Brigitte Meyer
Abg. Joachim Unterländer
Abg. Karsten Klein
Staatsministerin Christine Haderthauer
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14104 mit 16/14107, 16/14827 mit 16/14831 und 16/14895),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14034 mit 16/14066),
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13970 mit 16/13975 und 16/14069) sowie
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14006 mit 16/14012 und 16/14014 mit 16/14033)

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von einer Stunde und 30 Minuten festgelegt. Damit entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das sind bis zu 22 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich gleich darauf hin, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt hat, über ihren Änderungsantrag auf Drucksache 16/13974 "Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen" namentlich abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Rudrof, den ich an das Redepult bitte. Ihm folgt Frau Kollegin Naaß.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministe-

riums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist ein Rekordhaushalt; denn er wird im Jahre 2013 erstmals die 3,6-Milliarden-Euro-Grenze deutlich überschreiten. Er weist mit einer Steigerungsrate von 21,3 % gegenüber dem Jahr 2012 den größten Zuwachs aller Einzelpläne im gesamten Staatshaushalt auf. Dabei haben wir in Bayern − das möchte ich erwähnen − mit dem Einzelplan 10 schon in den vergangenen Jahren einige Male Schallmauern durchbrochen. So ist es uns im Nachtragshaushalt 2010 für den Sozialhaushalt gelungen, die Schallmauer von 2,5 Milliarden Euro zu durchbrechen. Bereits zwei Jahre später im Nachtragshaushalt 2012 konnten wir sogar erstmals die Schallmauer von 3 Milliarden Euro durchbrechen.

Ich freue mich deshalb sehr, dass der jetzige Sozialhaushalt mit über 3,6 Milliarden Euro erneut eine Schallmauer durchbricht. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Der Sozialhaushalt 2013/2014 weist nach zweimaliger Beratung im Haushaltsausschuss mit fast 80 zu beratenden Anträgen eine Aufstockung von rund 3,02 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf rund 3,67 Milliarden Euro im Jahr 2013 sowie auf rund 3,68 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf. Bei genauerer Betrachtung bedeutet das, dass der Haushalt eine Milliarde Euro über dem Nachtragshaushalt 2010 liegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte sich vor gerade drei Jahren eine solche enorme Steigerung überhaupt vorstellen können? − Ich glaube niemand.

Gleichzeitig haben wir den achten und neunten Haushalt in Folge ohne Neuverschuldung vorgelegt und können sogar Schulden zurückzahlen sowie Reserven vorhalten. Meine Damen und Herren, das ist in ganz Europa ganz einmalig. Trotz einer Bereinigung der Gesamtausgaben, einer erheblichen Aufstockung der durchlaufenden Bundesmittel für die Grundsicherung im Alter, der Erwerbsminderung und der Grundsicherung für Arbeitssuchende verbleibt für das Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 immer noch eine Steigerungsrate von 13,2 %. Eine solche Leistung vollbringt kein anderes Land in Deutschland. Meine Damen und Herren, wir in Bayern können uns glücklich schätzen, dass wir diese enorme Steigerung zum Wohle unserer 12,5 Millio-

nen Menschen in unserem Land so seriös finanzieren können. So sieht Generationenverantwortung aus.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil es unser zentrales Anliegen ist, dass Bayern das familienfreundlichste Land in Deutschland bleibt, bilden in diesem Sozialhaushalt die familienpolitischen Leistungen wieder ganz klar und deutlich den Schwerpunkt. Hierfür sind in den Haushaltsjahren 2013/2014 insgesamt 3,5 Milliarden Euro veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von fast 50 % aller Ausgaben des Einzelplans. Da Familien und Kinder die Keimzelle unserer Gesellschaft sind, nimmt die Betriebskostenförderung von Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege den weitaus größten Anteil innerhalb dieses Bereichs ein. Der entsprechende Haushaltsansatz wird dabei von 1.076,4 Millionen Euro im Jahre 2012 auf 1.208,9 Millionen Euro im Jahre 2013 bzw. 1.303,8 Millionen Euro im Jahre 2014 angehoben. Nach Adam Riese ist das gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung von 132,5 Millionen Euro bzw. 227,4 Millionen Euro. Ausschlaggebend für diesen zusätzlichen finanziellen Bedarf sind insbesondere − das erwähne ich in aller Kürze, da Herr Kollege Unterländer noch darauf eingehen wird − der rasant fortschreitende Ausbau der Betreuungsangebote, die Anpassung des Basiswerts aufgrund von Tarifsteigerungen, die erhöhte Bundesbeteiligung an der Betriebskostenförderung, die Verbesserung des Anstellungsschlüssels und die Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren setzen wir uns intensiv für die Schaffung von Betreuungsplätzen für unsere Kleinsten ein, auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Deshalb weist auch der Ansatz zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren eine erhebliche Erhöhung auf. Hierfür sind 273,4 Millionen Euro für das Jahr 2013 und 130,4 Millionen Euro für das Jahr 2014 vorgesehen. Im Jahre 2013 stehen damit gegenüber dem Jahr 2012 stolze 131,2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Damit wird eine zeitnahe Auszahlung entsprechend dem Baufortschritt möglich. Das ist insbesondere für unsere Träger von großem Interesse.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Ich möchte daher ausdrücklich die vom Bund im Rahmen des Fiskalpaktgesetzes für Bayern zusätzlich vorgesehenen Mittel von rund 90 Millionen Euro zum weiteren bedarfsgerechten Krippenausbau erwähnen. Im vergangenen Jahr und auch heuer ist die Zahl der Asylsuchenden in Bayern stark gestiegen. Deshalb haben wir die Ansätze für die Unterkünfte für Asylbewerber aufgestockt. Der Gesamtbetrag erhöht sich von 121,4 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 166,4 Millionen Euro im Jahr 2013 bzw. 165,6 Millionen Euro im Jahr 2014. Relativ betrachtet ist dies gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung von über 35 %. Meine Damen und Herren, aufgrund eines Antrags der Regierungsfraktionen wurden die Mittel für die Förderung der Asylsozialberatungen im Jahre 2013 um 750.000 Euro aufgestockt, obwohl die Mittel für die Asylsozialberatung erst im Nachtragshaushalt 2012 um 1,2 Millionen Euro erhöht worden sind. Das darf ich hier anmerken. Ich hätte mir gewünscht, dass dies ein stärkeres positives Echo bei den Verbänden gefunden hätte. Um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, ist der Bund gefordert, die Asylverfahren deutlich zu verkürzen.

Kurz eingehen möchte ich auch auf die Unterbringung von psychisch kranken und hochgefährlichen Straftätern. An dieser Stelle ist ein Ausgabenzuwachs von rund 26,3 Millionen Euro im Jahr 2013 bzw. 29 Millionen Euro im Jahre 2014 jeweils gegenüber dem Jahr 2012 zu verzeichnen.Dieser Mehrbedarf ist durch die ständig steigenden Unterbringungszahlen und die dadurch erforderliche Ausweitung der Unterbringungskapazitäten sowie die Tarifsteigerungen bedingt.

Wir stellen auch in diesem Sozialhaushalt zusätzliche Mittel bereit, um die Sicherheit in unseren bayerischen Gerichtsgebäuden weiter zu erhöhen. Ich will im Einzelnen jetzt nicht darauf eingehen.

Auf Initiative der Regierungsfraktionen ist es gelungen, für das Jahr 2013 zusätzlich 630.000 Euro zur Einführung eines Taubblindengeldes, das einkommens- und vermö-

gensunabhängig ausbezahlt wird, in doppelter Höhe des Blindengeldes bereitzustellen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Nur 2013!)

Das ist ein starkes Signal an unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger, also an jene, die besonders hart vom Schicksal getroffen sind.

Auch bei den freiwilligen Leistungen können wir uns über deutliche Steigerungen im Sozialhaushalt 2013/2014 freuen. Das gilt zum Beispiel für den Ansatz zum Landesplan für Menschen mit Behinderung, der sich insbesondere aufgrund von Änderungsanträgen der Regierungsfraktionen gegenüber dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung für 2013 um rund 5 Millionen Euro verbessert hat.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Nachdem erst 8 Millionen gekürzt wurden! - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

- Verehrte Kollegin, dazu möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube, dass wir uns mit diesen Ansätzen nicht zu verstecken brauchen. Ich sage aber auch ganz offen, dass der Landesbehindertenplan in den kommenden Jahren und schon zum nächsten Nachtragshaushalt sehr genau im Auge behalten werden sollte.

Ich will auch deutlich machen, dass wir bereits bewilligte Investitionskostenförderungen damit zweifellos schneller abfinanzieren können.

Sehr erfreulich ist auch die Aufstockung des Ansatzes für die Familienhilfe von rund 2,1 Millionen Euro für das Jahr 2013 bzw. von 2,5 Millionen Euro für 2014. Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist eine Umsetzung des erfolgreichen Modellprojekts "Familienstützpunkte" durch eine Regelförderung ab dem 1. Juli 2013 möglich. Außerdem stehen aufgrund eines Änderungsantrags der Regierungsfraktionen im Jahr 2013 zusätzlich 55.000 Euro zur Förderung von Maßnahmen der Familienbildung bereit.

Natürlich greifen wir auch unseren jungen Menschen unter die Arme. Zum einen werden die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen und das Personal für Jugendsozialarbeit an Schulen finanziert, zum anderen können ab dem 1. Januar 2014 die bisher aus Bundesmitteln geförderten Stellen nahtlos in die staatliche Regelförderung übernommen werden. - Auch für den Jugendschutz stellen wir zusätzliche Mittel bereit.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahrzehnten wie wohl kein anderes Land für die Vertriebenen und besonders für die Sudetendeutschen eingesetzt. Unser Ziel ist es, die Erinnerung an die Sudetendeutschen und ihre alte Heimat zu pflegen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat deshalb zugesichert, dass der Freistaat die Errichtung eines Sudetendeutschen Museums mit 20 Millionen Euro fördert. Wir unterstützen dies. Im Einzelplan 10 sind zur Förderung dieses Museums für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 5,75 Millionen und für das Jahr 2014 von 7,35 Millionen Euro veranschlagt.

Die Regierungsfraktionen haben viele weitere Initiativen gestartet, die im Jahr 2013 in folgenden Bereichen zu Mehrausgaben führen − ich nenne sie in aller Kürze -: für die Belange der Vertriebenenpolitik zusätzlich 150.000 Euro und zusätzlich 100.000 Euro zur verstärkten Förderung der Betreuungsvereine. Dieses Geld ist gut angelegt; denn ohne die ehrenamtlich Tätigen müsste in erheblich höherem Maße auf professionelle Betreuer zurückgegriffen werden, was mit spürbar höheren Kosten verbunden wäre.

Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf die Nennung der weiteren freiwilligen Leistungen.

Es ist mir wie immer ein großes Anliegen, den Abertausenden von ehrenamtlich Tätigen im Sozialbereich an dieser Stelle sehr herzlich zu danken. Mein herzlicher Dank gilt natürlich auch den Sozialverbänden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Sozialministeriums mit unserer Ministerin Christine Haderthauer und ihrem Staatssekretär Markus Sackmann an der Spitze. Ich danke auch allen Sozialpo-

litikern herzlich, namentlich Frau Vorsitzender Meyer und unserem sozialpolitischen Sprecher Joachim Unterländer.

Der Sozialhaushalt 2013/2014 sucht wohl seinesgleichen. Er zeigt klar, dass bei uns in Bayern soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit großgeschrieben werden. Bei uns bleibt wohl niemand auf der Strecke. Dabei liegen uns − man kann es nicht oft genug betonen, weil es so wichtig ist − die Familien besonders am Herzen. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hat, so wird er mit diesem Haushalt erbracht. Für die Familien werden wir im Doppelhaushalt − ich betone das − insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 50 % des gesamten bayerischen Staatshaushalts.

Die erfreuliche Botschaft des Sozialhaushalts 2013/2014 lautet kurz und knapp: Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer 1. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 10.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Wir fahren in der Aussprache fort. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Naaß für die SPD-Fraktion. Ihr folgt dann Herr Kollege Dr. Bauer. - Bitte schön, Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Kostenlawine bei der Kinderbetreuung", "Armutsrisiko steigt immer weiter", "Tiefe soziale Kälte bei der CSU", "Bayerischen Sozialbericht ernst nehmen": Diese Formulierungen stammen nicht von mir, ich kann sie aber voll unterstreichen. Solche Schlagzeilen im Hinblick auf die Sozialpolitik in Bayern mussten wir in den vergangenen Wochen immer lesen. Sie zeigen auf, dass es in Sachen sozialer Politik in Bayern hapert.

Einen weiteren Beweis dafür, dass es hapert, liefern natürlich auch die zahlreichen Änderungsanträge der Opposition zum Einzelplan 10. Sie sollten wenigstens etwas Bewegung in den Sozialhaushalt bringen, und siehe da: Eine Tischvorlage nach der anderen kam dann von den Regierungsfraktionen, insgesamt elf an der Zahl, mit

denen einige unserer Forderungen übernommen wurden, wenn auch nur teilweise. Das ist ein Beweis dafür, dass es leider Gottes viele Baustellen in der bayerischen Sozialpolitik gibt. Diese Baustellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, haben Sie verursacht, weil Sie in der vergangenen Zeit zu wenig gehandelt haben, weil Sie gestrichen und gekürzt haben. Sie brauchen sich nicht zu wundern, dass solche Baustellen entstanden sind.

Man braucht sich nur den Bericht der Umsetzungskommission zum Bayerischen Sozialbericht anzuschauen, vor allem auch die Vorschläge aus dieser Kommission. Die zentralen Ergebnisse dieser Kommission zeigen, wie weit die soziale Lage in Bayern davon entfernt ist, allen Menschen die gleichen Lebenschancen zu eröffnen und ein solidarisches Miteinander zu gestalten. Auseinanderklaffende Regionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeitslosigkeit, der Armut, der Bevölkerungsentwicklung usw., großes Risiko von Altersarmut, unterschiedliche Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aufgrund von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund: Das ist die tatsächliche Situation in Bayern. Die Kommission hat viele Vorschläge unterbreitet, die sich in diesem Einzelplan 10 leider nicht widerspiegeln. Wir bräuchten Konzepte gegen Armut. Vor allem Frauen, Alleinerziehende und ältere Menschen sind stark armutsgefährdet. Hierzu findet man nichts im Haushalt.

Wir brauchen eine gute Pflege in Bayern. Der Sozialbericht verdeutlicht die gesellschaftliche Herausforderung im Hinblick auf die Pflege. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis zum Jahr 2020 um 37,8 % steigen, und zwar noch stärker als im Bundesdurchschnitt. Wo sind Ihre Konzepte? Wo ist bei Ihnen langfristiges Planen erkennbar? − Ich sehe nichts. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, muss gehandelt werden.

Die SPD steht für Solidarität statt sozialer Kälte. Unsere Änderungsanträge spiegeln unsere Politikschwerpunkte wider. Bei der Regierungskoalition können wir sie leider nicht erkennen.

Drei Punkte sind uns wichtig: erstens eine gute Kinder- und Familienpolitik, zu der auch eine gute Pflege gehört, zweitens eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen und drittens eine gute Integrationspolitik, zu der ebenfalls ein guter, solidarischer und menschlicher Umgang mit Asylbewerbern gehört.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zur Kinder- und Familienpolitik. Der dritte Bayerische Sozialbericht zeigt, dass besonders Familien und Alleinerziehende verstärkt die Unterstützung durch den Freistaat Bayern benötigen.Deshalb geht es um mehr Qualität bei der Kinderbildung und -betreuung. Es geht auch um ausreichende Kinderbetreuungsplätze in Bayern. In der Vergangenheit ist einiges getan worden, es musste aber auch viel getan werden, weil große Baustellen vorhanden waren und die Staatsregierung in der Vergangenheit viel zu wenig unternommen hat, um Kinderkrippenplätze zur Verfügung zu stellen. Deshalb musste gearbeitet und investiert werden, nachdem zuvor nichts getan wurde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um die Realisierung der Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres sowie um den quantitativen und qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Die SPD will die Betriebskostenförderung von Kindertagesstätteneinrichtungen und der Tagespflege durch zusätzliche staatliche Mittel erhöhen. Zusätzliche Mittel für Personal soll zudem eine Ausweitung der Öffnungszeiten ermöglichen. Das gilt insbesondere für die Rand- und Ferienzeiten, bei denen es im Moment noch massiv mangelt. Es geht darum, den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern besser gerecht zu werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser funktionieren kann, als das derzeit der Fall ist - also mehr Geld für frühkindliche Bildung und nicht für das unsägliche Betreuungsgeld, das in Deutschland und Bayern niemand haben will.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Niemand will es haben, nicht einmal die FDP; nur die CSU will es haben. Also wieder einmal "CSU - allein zu Haus". Niemand will es haben, und alle möchten gerne, dass dieses Geld in Kinderbetreuung und in eine Steigerung der Qualität gesteckt wird anstatt in dieses blöde Betreuungsgeld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch bei der weiteren Förderung von Mehrgenerationenhäusern erwarten wir vom Freistaat Bayern ein größeres Engagement, um die bayerischen Kommunen zu entlasten. Das gilt ebenso für die Förderung der Familienpflege. Gerade die CSU setzt doch viel auf die Familie und fördert dabei zu wenig die Haushaltshilfen und Familienpflege, die für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Familienförderung in Bayern sind.

Ich möchte für gute Pflege klotzen. Gute Pflege ist derzeit eine der aktuellsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Einführung eines neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffes ist mehr als überfällig. Bayern muss deshalb die politischen und finanziellen Voraussetzungen und einen zeitlichen Rahmen für die schnellstmögliche Umsetzung schaffen. Man muss dabei auch vorausschauend tätig werden und darf nicht warten, bis das endlich kommt. Es muss zu einer deutlichen Verbesserung für pflegebedürftige Menschen und für die Pflegenden kommen. Gute Pflege braucht einen gut ausgebildeten, engagierten Nachwuchs. Der Fachkräftemangel in der Pflege ist derzeit schon Realität. Das langjährige Gezerre um die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege ist ein mehr als unrühmliches Kapitel des Bayerischen Landtags. Es ist ein unrühmliches Kapitel, ein Hin- und Herschieben zwischen Sozialministerium und Bildungsministerium, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für Auszubildende in der Altenpflege muss daher die Ausbildung kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unabhängig davon muss auch in der Altenpflege ebenso wie beim Krankenhauswesen endlich eine Umlagenfinanzierung der Ausbildungskosten eingeführt werden. Die Kosten für die Ausbildung dürfen nicht länger auf die pflegebedürftigen Menschen und die ausbildenden Einrichtungen abgewälzt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir auch flexible Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren fördern, Projekte für Demenzkranke, aber auch Wohnformen wie zum Beispiel das sogenannte Bielefelder Modell. Wir wollen vor allem, dass die CSU endlich die Kürzungen aus der Vergangenheit, aus dem Jahr 2004, zurücknimmt, die immer noch nachwirken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damals wurde die Möglichkeit der Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen durch die CSU gestrichen, obwohl bekannt war, dass viele Einrichtungen 30 oder 40 Jahre alt sind und dringend renoviert werden müssten. Sie haben Streichungen vorgenommen und die Förderungen gekürzt. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen diese Kürzungen zurücknehmen und mehr Geld für diese Maßnahmen zur Verfügung stellen. Es geht um eine Summe von 17 Millionen Euro im ersten Schritt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern geht uns zu langsam, und zwar viel, viel zu langsam. Deshalb wollen wir mit unseren Änderungsanträgen auf eine Verbesserung der Situation hinwirken. Ich freue mich, dass die CSU nun auch unserer Forderung gefolgt ist, Mittel für den bayerischen Behindertenplan unter anderem zur Erarbeitung eines bayerischen Aktionsplanes aufzunehmen. Sie haben dann im Rahmen einer Tischvorlage zwei Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Das ist schön und gut

so, Sie hätten es aber schon einige Wochen früher machen können, indem Sie dem SPD-Antrag zugestimmt hätten. Dann hätten Sie keine Tischvorlage bringen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie könnten übrigens öfter der SPD folgen. Das gilt zum Beispiel in Bezug auf die Hilfen für Sehbehinderte und Taubblinde. In anderen Bundesländern ist man auf diesem Feld schon lange tätig geworden, zum Beispiel in Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Sachsen oder Sachsen-Anhalt. All diese Länder haben schon mehr für Sehbehinderte und Taubblinde getan. Wir haben entsprechende Anträge gestellt. Sie wollen jetzt wenigstens Hilfestellungen für Sehbehinderte und Taubblinde einbringen. Wir wären gerne weiter gegangen. Wir haben in Bayern 6.100 hochgradig Sehbehinderte sowie 75 hochgradig Sehbehinderte mit gleichzeitiger Taubheit. Das sind nicht so viele Menschen. Sie haben diese Menschen alle im Stich gelassen. Das gilt nicht für die SPD; denn wir haben entsprechende Anträge gestellt und hätten dafür 12,4 Millionen Euro gerne in den Haushalt aufgenommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine weitere Baustelle betrifft die Betreuungsvereine. Der Bedarf an Betreuungsverfahren ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten enorm gestiegen; Sie wissen das alle. Deshalb muss der Freistaat Bayern hierfür mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir setzen deshalb pro Haushaltsjahr zusätzlich 150 Millionen Euro dafür an. Auch hierbei folgen nun CSU und FDP der Forderung der SPD, aber Sie springen wieder einmal zu kurz. Sie stocken nur etwas für das Jahr 2013 auf − Sie wissen das, Frau Meyer −, während für das Jahr 2014 keinerlei zusätzliche Mittel von Ihrer Seite im Haushalt vorgesehen sind. Warum denn? Sind Sie dann eventuell nicht mehr an der Regierung, weshalb Sie nur für das Jahr 2013 die Anträge stellen? Ich glaube, davon muss man ausgehen, und wir gehen auch davon aus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Also von wegen Bayern spitze, im Gegenteil, gerade bei den Betreuungsvereinen sind wir mit Schlusslicht in Deutschland.

Gute Integrationspolitik: Auch die Asyl- und Menschenrechtspolitik der derzeitigen Staatsregierung leidet unter großen Defiziten, um es noch höflich und freundlich auszudrücken. Seit Langem platzen die Erstaufnahme- und Sammeleinrichtungen für Asylbewerber aus allen Nähten. Die unmenschliche Unterbringung − seit über einem Dreivierteljahr diskutieren wir im Bayerischen Landtag darüber − von Menschen, die zu uns kommen, ist doch seit Langem bekannt. Nichts ist in der Vergangenheit getan worden. Im Rahmen der Haushaltsberatung stocken Sie auf, aber auch erst, nachdem wir vonseiten der Opposition entsprechende Anträge gestellt haben. Erst danach sind Sie mit Tischvorlagen gekommen, die zwar zu einer Erhöhung führen, aber vom Umfang her nicht ausreichen, um die Asylsozialberatung sicherzustellen. Für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wird die Situation immer schwieriger. Sie brauchen mehr Unterstützung, als das bisher der Fall war. Auch für die Menschen in den Einrichtungen ist es wichtig, dass ihnen die entsprechende Hilfestellung gegeben wird. Sie haben in der Vergangenheit gekürzt, und deswegen sind jetzt zusätzliche Mittel erforderlich, um eine gestiegene Anzahl von Asylbewerbern gut und noch besser zu betreuen.

Das Thema Heimatvertriebene ist für mich als vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ein großes Anliegen. Die Arbeit der Verbände und der kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen entsprechend zu unterstützen, ist wichtig. Schritt für Schritt wurden Mittel für diese Aufgaben von Ihnen gekürzt, und zwar von Jahr zu Jahr. Nur noch zwei Drittel der Mittel des Jahres 2003 stehen jetzt zur Verfügung. Sie haben gekürzt, und wir wollen wieder aufstocken, und zwar wenigstens in dem Maße, dass die Haushaltsansätze aus dem Jahr 2011 wiederhergestellt werden. Wir stocken die Mittel für die Arbeit der Deutschen Jugend in Europa, des Sudetendeutschen Rates, des Bukowina-Instituts oder des Kulturzentrums Ostpreußen um 219.000 Euro auf, um nur einige Einrichtungen zu nennen. Die Einrichtungen sol-

len im bisherigen Umfang arbeiten können. Ich freue mich auch, dass CSU und FDP wieder einmal unserem Antrag gefolgt sind. Zuerst lehnen Sie unsere Anträge ab, und dann schießen Sie doch noch etwas hinzu − geringfügig und nicht in dem Umfang, wie wir das wollen, und leider Gottes wieder nur für das Jahr 2013. Für das Jahr 2014 findet man von Ihrer Seite wieder nichts mehr im Haushalt - also erneut ein Beweis dafür, dass Sie dann nicht mehr an der Regierung sein werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass in Sachen Sudetendeutsches Museum endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, begrüßen wir, ebenfalls die Unterstützung des Hauses der Heimat in Nürnberg. Es war ja auch wichtig, dass wir mit dem Sudetendeutschen Museum vorankommen; es hat schließlich lange genug gedauert.

Sozialpolitik ist kein Rangierbahnhof, in dem man, wie im vergangenen Jahrzehnt immer wieder erlebt, nach Gutdünken verschiebt, ausrangiert, Positionen verändert, kürzt und streicht. Sozialpolitik braucht Verlässlichkeit. Dafür steht die SPD. Die SPD steht für ein gerechteres und sozialeres Bayern. Das spiegelt sich auch in unseren Anträgen zum Einzelplan 10 wider. Die SPD hat 33 Änderungsanträge eingebracht. Wir wären froh gewesen, wenn Sie ihnen zugestimmt hätten. Weil Sie dies nicht gemacht haben, können wir dem Einzelplan 10 insgesamt leider nicht zustimmen.

Abschließend bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, in den Einrichtungen vor Ort, aber auch bei den vielen hauptamtlich und ehrenamtlich Beschäftigten und Tätigen im Bereich der Wohlfahrtsverbände und in den übrigen sozialen Bereichen; denn ohne diese vielen Menschen wäre unser Land ein großes Stück ärmer.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Bauer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ihm folgt Frau Kollegin Ackermann.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sage ich ein kleines Lob an die Staatsregierung. Frau Ministerin, ich muss Sie ausdrücklich dafür loben, dass die Staatsregierung die Asylsozialberatung endlich anerkannt − dazu hat ein Kollege vorhin etwas ausgeführt − und dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 750.000 Euro eingestellt hat.

Diese Mittel reichen aber bei Weitem nicht aus. Herr Rudrof hat schon gesagt, wie viele Probleme es gerade in den Erstaufnahmelagern gibt. Diese Probleme sind auch der Grund dafür, dass wir mehr Geld brauchen. Die Situation hat sich halt geändert. Wenn wir Politik betreiben, müssen wir auf die reale Situation eingehen, um die entstehenden Probleme zu lösen. Auch die Welt hat sich geändert. Deshalb müssen wir für den sozialen Bereich mehr einstellen. Das sage ich nur am Rande. Wir fordern, die Asylsozialberatung mit 1,7 Millionen Euro zu bedenken.

Leider ist der Einzelplan 10 im Doppelhaushalt ein Etat der verpassten Chancen. Daran wird deutlich, dass es die Staatsregierung nicht verstanden hat, besonders bei der Neuregelung des BayKiBiG die richtigen Weichen für eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu stellen.

Sie hätten die Beratungen zur Änderung des BayKiBiG ernsthaft betreiben und die Schwachpunkte des Entwurfs, die spätestens bei der Expertenanhörung deutlich geworden sind, angehen und konsequent ausmerzen müssen, und dann hätten Sie bereits im Sozialausschuss bei den entsprechenden Abstimmungen unseren Anträgen zustimmen müssen. Damit wäre eine echte Verbesserung für unsere Kitas erreicht worden, die notwendig ist.

Jetzt gehe ich noch auf ein paar Kernforderungen der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ein. Meine Generalkritik ist, dass CSU und FDP die berechtigten und notwendigen Forderungen im aktuellen Haushaltsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt haben.

Mit unserem Änderungsantrag Drucksache 16/13970 fordern wir die Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. Eines muss uns klar sein − das betone ich an dieser Stelle immer wieder -: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern gibt es nicht zum Nulltarif. Ich muss an dieser Stelle noch einmal eindringlich daran erinnern, dass die Umsetzung der BRK eine völkerrechtliche Verpflichtung unseres Landes gegenüber der Weltgemeinschaft ist. Wieder einmal muss ich feststellen, dass wir in Bayern nur langsam vorankommen. Mir kommt es so vor, dass man zwar erst einen Schritt geht, dann aber zögerlich wieder einen Schritt zurückgeht, sodass wir uns mehr oder weniger im Stillstand befinden. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen zu verbessern und hierfür die Voraussetzungen zu schaffen. Das kann nach der Meinung der Fraktion nur gemeinschaftlich gelingen. Deshalb appelliere ich auch an Sie. Herr Rudrof, Sie haben das ja ausgeführt.

Dazu gehört zum einen eine finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes. Zum anderen gehört die Unterstützung derjenigen dazu, die bereits jetzt vor Ort Arbeit in Organisationen leisten. An dieser Stelle möchte ich mich für deren Engagement ganz herzlich bedanken. Besonders gehört auch eine angemessene Personalausstattung dazu, damit die Vorhaben sachgerecht umgesetzt werden können.

Der Bewusstseinswandel kostet weniger. Aber er muss in unseren Köpfen stattfinden, und zwar bei jedem einzelnen Bürger. Diese Aufgabe müssen wir gemeinsam umsetzen. In dieser Hinsicht ist die Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Frau Badura, an einer entscheidenden Stelle tätig. Deswegen begrüßen wir, wenn sie oder ihre Nachfolgerin oder ihr Nachfolger in der nächsten Legislaturperiode hauptamtlich tätig wird. Dennoch fordern wir jetzt eine Mehrung der Stellen in der Einrichtung der Behindertenbeauftragten. Es geht um eine Aufstockung um zwei Personen. Wenn Sie sich den aktuellen Tätigkeitsbericht anschauen, werden Sie merken, dass sich die Aufgaben geändert haben und mehr geworden sind, sodass mehr Geld benötigt wird.

Meine nächste Bemerkung möchte ich auf die zwei Anträge auf den Drucksachen 16/13971 und 13972 beziehen: Hier erlaube ich mir einen kleinen Exkurs und spreche ein Thema an, das nicht unmittelbar mit dem Einzelplan 10 zu tun hat, sondern mit dem Einzelplan 05. Da geht es um den Schulgeldausgleich für private Altenpflegeschulen. Dieses Thema liegt mir besonders am Herzen.

Statistiken zeigen ganz klar − Frau Naaß ist schon darauf eingegangen -, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land in naher Zukunft verdoppeln wird. Der Bundesverband privater Anbieter von sozialen Diensten rechnet mit einem zusätzlichen bundesweiten Bedarf von 220.000 Pflegekräften bis zum Jahr 2020.

Hier liegt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nämlich einen im ganzen Land sichtbaren Mangel an Fachkräften in der Pflege zu verhindern. Leider schlägt die Staatsregierung da einen völlig falschen Weg ein. Aufgrund des niedrigen Ausbildungslohns von durchschnittlich 400 Euro sind die Schüler nicht mehr in der Lage, das zusätzlich anfallende Schulgeld zu zahlen. Ich möchte Ihnen nochmals verdeutlichen, warum wir diese Leistung dringend brauchen. Aufgrund des demografischen Wandels wird sich der Fachkräftemangel deutlich verstärken. Er wird dramatische Auswirkungen haben. Einerseits steigt die Zahl der älteren zu pflegenden Mitbürger, andererseits sinkt die Zahl der jungen Menschen, die diese Pflege leisten können.

Darüber hinaus erinnere ich an dieser Stelle daran, dass die vielen Zivildienststellen weggefallen sind. Ursprünglich hatten wir einmal 100.000 Zivildienststellen. Der Bufdi ist auf ungefähr 30.000 Stellen gekürzt worden. Dadurch ist eine eklatante Lücke von 70.000 entstanden. Deshalb müssen wir darüber nachdenken und uns darüber austauschen, ob wir gemeinsam ein verpflichtendes soziales Jahr einführen sollten. Das muss man schon an dieser Stelle deutlich machen. Damit können wir nicht warten, sondern müssen handeln.

Wichtig sind auch die flexiblen Wohnformen im Alter. Wir müssen dem Bedarf an Auf- und Ausbau neuer ambulanter Wohngemeinschaften von Seniorinnen und Senioren

nachkommen. Dafür müssen wir die entsprechenden Mittel erhöhen. Ambulante Wohnformen brauchen eine höhere finanzielle Stützung; denn es ist unser vornehmstes Ziel, dass das heimische soziale Umfeld gestärkt und das Zusammenleben mit der jüngeren Generation ermöglicht wird. Jung und Alt sollen gemeinsam unter einem Dach wohnen. Eigenheim statt Pflegeheim, - so heißt unser Slogan.

Mit dem Antrag zur Drucksache 16/13973 fordert die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER die Umsetzung der Ankündigungen der Staatsregierung ein. Meine Damen und Herren, wer A sagt, muss auch B sagen. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zu Sonntagsreden verkommen, sondern muss von allen Seiten des Freistaats besser finanziert werden. Wir brauchen eine Stärkung des Ehrenamtes und des Landesnetzwerks für diese ehrenamtliche Tätigkeit. Lieber Herr Fraktionsvorsitzender Schmid, wir haben in einem Antrag eine bescheidene Erhöhung um 30.000 Euro formuliert. Es dürfte kein Problem bereiten, diesen Betrag für die Dachorganisation des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement in den Haushalt einzustellen.In diesem Zusammenhang möchte ich aber ausdrücklich begrüßen − wir haben heute früh darüber gesprochen -, dass die Stärkung des Ehrenamts in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll. Ein wichtiger Impuls hierfür kam auch von der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER.

Nun zu den Anträgen auf den Drucksachen 16/13974 und 16/13975. Damit komme ich noch einmal auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen zurück. Wir begrüßen die zum Teil eingeführte Entlastung hinsichtlich des Elternbeitrags. Aber das kann nur ein Anfang sein. Auch warnen wir: Das darf nicht zulasten der Qualität gehen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Geht es aber!)

Denn eines wird vonseiten der Staatsregierung gerne verschwiegen: Bayern belegt im bundesweiten Vergleich im Bereich der Förderung frühkindlicher Bildung noch immer einen der hinteren Plätze. Das kann nicht länger so bleiben; denn der Besuch von Kindertageseinrichtungen ist von essenzieller Bedeutung für die Entwicklung eines Kin-

des und für dessen Bildungschancen. Die von der Staatsregierung eingeplanten Mittel für die neuen Regelungen des BayKiBiG sind nach Ansicht der FREIEN WÄHLER viel zu gering. Wir haben in den letzten Wochen ausführlich darüber diskutiert. Das möchte ich jetzt nicht noch einmal aufrollen. Aber eines liegt mir am Herzen: Eine verstärkte Kooperation zwischen den Grundschulen und den Kindertageseinrichtungen ist notwendig. Hierfür sind auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch über die Qualitätsverbesserungen hatten wir schon in den letzten Sitzungen gesprochen. Mit den eingeplanten 33 Millionen Euro liegen wir wirklich am unteren Ende. Diese Summe wird niemals ausreichen, um die Träger und Gemeinden nicht weiter zu belasten und auch die Beiträge der Eltern nicht weiter ansteigen zu lassen. Deswegen müssen auch diese Mittel deutlich aufgestockt werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher die Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertagesstätten, so wie Sie sie in unserem Antrag finden. Diese Ergänzung sorgt für die dringend notwendige Planungssicherheit für Träger und Personal und trägt zudem zur Steigerung der Attraktivität des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers bei. Auch hierfür muss einfach mehr Geld in die Hand genommen werden. Grundsätzlich ist die kindbezogene Förderung richtig; aber gerade in Landkindergärten brauchen wir eine Sockelfinanzierung; denn die Fixkosten sind hier im Verhältnis relativ hoch. Stimmen Sie bitte deshalb unserem Antrag auf Sockelfinanzierung zu.

Nun zum Antrag 16/14069, zur staatlichen Förderung der Spitzenverbände.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, Sie müssen auf die Zeit achten!

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Einen Satz noch. - Auch hier müsste der Globalzuschuss deutlich erhöht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, um das soziale Gesicht Bayerns zu stärken, haben wir diese Anträge gestellt. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. Heute haben Sie die Chance dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bauer. Wenn es um das Soziale geht, sind wir mit der Redezeit großzügig. − Frau Kollegin Ackermann, schauen Sie, ob Sie mit Ihren elf Minuten zurechtkommen. Sie haben jetzt für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, ich werde mit den elf Minuten zurechtkommen, und ich werde die Sozialpolitik vertreten, nicht die Haushaltspolitik.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Einzelplan 10, auch Sozialhaushalt genannt, gelten drei Attribute: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde jetzt anhand einzelner Beispiele beweisen, dass ich diese drei Attribute zu Recht verwende.

Schauen wir zunächst auf den Krippenausbau. Nach jahrzehntelangem Tiefschlaf der Staatsregierung und ideologischer Borniertheit

(Reserl Sem (CSU): Na!)

haben Sie unterdessen, weil ein Rechtsanspruch greift, begriffen, dass auch in Bayern die Krippen ausgebaut werden müssen. Sie halten sich zugute, jetzt mit Volldampf Krippen auszubauen. Allein, das gelingt Ihnen nicht. Es gelingt Ihnen auch deshalb nicht, weil Sie bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls tief geschlafen haben. Deswegen haben wir jetzt zu wenig Erzieherinnen und Erzieher in Bayern, sodass, selbst wenn der Krippenausbau gelänge, nicht ausreichend Fachkräfte vorhanden wären, um diese Einrichtungen ordnungsgemäß auszustatten.

Frau Haderthauer rechnet sich den Deckungsgrad der Kinderkrippen in Bayern regelmäßig schön und wird dafür vom Landesamt für Statistik regelmäßig lächerlich gemacht. Sie redet von einem Deckungsgrad von 48 %. Im März 2012 war allerdings laut Statistischem Landesamt lediglich ein Deckungsgrad von 23 % erreicht. Weitere

45.000 Kinderkrippenplätze müssen geschaffen werden. Somit müssen Sie jetzt in einem knappen Jahr eine weitere Steigerung um 60 % erreichen. Jeder in diesem Raum kann sich ausrechnen, dass das nicht möglich sein wird. Sie werden Ihr Ausbauziel nicht erreichen. Da nützen alle Beteuerungen nichts. Das Jahr 2013 und der August 2013 werden Ihre Aussagen Lügen strafen. Für den Krippenausbau gilt: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz haben Sie viel zu spät reagiert. Sie haben nach jahrelanger Kritik von Verbänden, von Betroffenen und Eltern einen Änderungsvorschlag eingebracht. Aber welch Wunder: Es hat sich gar nichts verändert, obwohl zwei Anhörungen vorausgingen. Obwohl Ihnen alle Sachverständigen, ganz gleich, ob Vertreter der kommunalen Spitzenverbände oder Fachleute, ob Eltern oder Erzieherinnen und Erzieher, gesagt haben, was in diesen Änderungsentwurf aufgenommen werden müsste, sind Sie bei Ihrer Meinung geblieben, nichts verändern zu müssen. Sie haben etwas eingebracht, was dem Grundsatz, Qualität in den Vordergrund zu stellen, komplett widerspricht. Sie haben aus purem Populismus teilweise eine Kostenfreiheit eingeführt. Den Eltern, Frau Ministerin, wäre mit Qualität deutlich mehr gedient gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten den Anstellungsschlüssel auf 1 : 10 senken müssen. Sie hätten den Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren auf 3 anheben müssen. Sie hätten Inklusion für alle Einrichtungen schaffen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten die Erzieherinnen und Erzieher für Leitungsaufgaben freistellen müssen.

Sie haben im Haushalt 32 Millionen Euro für den sogenannten Basiswert Plus − das ist ein tolles Wort − eingeführt. Das ist ungerecht, weil damit die Einrichtungen belohnt

werden, die ihren Anstellungsschlüssel im Nachgang verbessern. Jene, die schon immer mit einem guten Anstellungsschlüssel gearbeitet haben, gehen leer aus. Sie hätten für diesen Basiswert eigentlich 80 Millionen Euro gebraucht. 32 Millionen sind deutlich zu wenig.

Sie haben für diese teilweise eingeführte Beitragsfreiheit 93 Millionen Euro eingesetzt. Das sind zwei Drittel der zusätzlichen Mittel, die Sie für das BayKiBiG verwenden, zwei Drittel für eine populistische Aktion, die weder Kindern noch Eltern noch Erzieherinnen und Erziehern nützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem von Ihnen vorgelegten BayKiBiG kann man nur sagen: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir auf das Landesblindengeld. Es wurde im Jahr 2004 unter Herrn Stoiber um 15 % gekürzt. Dadurch wurden 14 Millionen Euro eingespart. Jetzt liegt ein Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN vor, die fordern, dass zwei weitere Gruppen in das Landesblindengeldgesetz aufgenommen werden: die Taubblinden und die hochgradig Sehbehinderten.Obwohl diese beiden Gruppen noch dazugekommen wären, wäre der Ansatz immer noch deutlich unter dem damaligen Ansatz geblieben. Dazu muss man noch sagen, dass der Ansatz für das Blindengeld ohnehin gesunken ist, nämlich um 19 Millionen Euro, weil durch die augenmedizinischen Fortschritte Gott sei Dank weniger Menschen blind werden. Sie haben − und das spricht Bände für Ihre Auffassung von Inklusion − die schwerst sehbehinderten Menschen, die nur noch einen Grad von 3 % Sehfähigkeit haben - das heißt, sie sehen praktisch nichts −, im Regen stehen lassen. Sie haben ihnen kein Landesblindengeld zugebilligt. Dabei brauchen sie dieselben Hilfsmittel, um sich im Leben zurechtzufinden, wie blinde Menschen. Sie werden leer ausgehen. Fast leer werden die Taubblinden ausgehen, sie sind im Doppelhaushalt nur für 2013 berücksichtigt, für 2014 nicht.

Das ist ein Trauerspiel; denn Inklusion heißt Teilhabe und Nachteilsausgleich. Beides haben Sie für die beiden genannten Personengruppen komplett verfehlt. Die Attribute "zu schlecht, zu wenig" sind hier durchaus angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch zu den Investitionsmitteln für die Behindertenhilfe. Da haben Sie gedacht, Sie machen es besonders schlau. Im Einzelplan 13 haben Sie zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 8,5 Millionen Euro ersatzlos gestrichen. Sie haben natürlich gedacht, das bleibe unbemerkt, weil diese Mittel ja nicht im Einzelplan 10 waren. Dank unserer Haushälterin Claudia Stamm haben wir es aber bemerkt, und Sie haben dann noch 3,5 Millionen nachgeschoben. Welch ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

De facto sind es 5 Millionen Euro weniger für die Behindertenhilfe. Herzlichen Dank! Das ist Ihr Verständnis von Integration. Hier gilt: zu schlecht, zu wenig.

Schauen wir auf Asyl-, schauen wir auf Integrationspolitik. In Bayern läuft Integrationspolitik über lokale Integration. Es gibt keine nachholende Integration und keine Struktur für Integration. Integration gelingt nicht wegen, sondern trotz der Staatsregierung.

(Reserl Sem (CSU): Na! - Georg Schmid (CSU): Die guten Sachen gehen immer von allein!)

Die Potenziale werden nicht erkannt und nicht genutzt. Das geht nicht nur auf Kosten der ausländischen Mitbürger, sondern auf Kosten unserer gesamten Gesellschaft.

Jetzt noch ein paar Worte zu den Flüchtlingen. Die Zeit ist leider zu kurz, denn dieses Thema verdient eigentlich die gesamte Redezeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sollen Flüchtlinge immer noch abgeschreckt werden. Neueste Blüte bayerischer Abschreckungspolitik ist die permanente Forderung nach beschleunigten Verfahren zur Abschiebung von Sinti und Roma. Es war dringend notwendig, dass Sie vom Bundesverfassungsgericht eine Ohrfeige dafür bekommen haben, dass Sie die Asylbewerber noch immer mit viel zu wenig Geld unterstützen. Das Bundesverfassungsgericht musste Sie darauf aufmerksam machen, dass alle Menschen ein Recht auf ein Existenzminimum haben. Das ist ein Armutszeugnis für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sind Sie gegen eine Verkürzung der Asylverfahren?)

In den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Gemeinschaftsunterkünften herrschen wegen Überfüllung untragbare Zustände. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie halten ja gerne Sonntagsreden und auch gerne Weihnachtsreden. Wenn Sie in einer Weihnachtsrede wieder einmal den Begriff "Herberge" benutzen, dann denken Sie doch bitte daran, wie Sie mit Menschen, die hier Herberge suchen, umgehen.

Mir ist vorhin ein kleines Gedicht in die Hände gekommen vom Sankt-Josef-Stift, also relativ unverdächtig, grün-nah zu sein. Dieses Gedicht lautet - ich lese nur den letzten Satz vor -:

Vielleicht bauen wir ihnen doch einmal einen schönen neuen Stall. Bethlehem ist überall, ganz in unserer Nähe oder sogar im eigenen Haus, mitten unter uns.

Bethlehem ist überall. Aber unsere Sozialpolitik und unsere Flüchtlingspolitik ist zu spät, zu wenig und obendrein noch, weil wir die Flüchtlinge zwangsweise mit Essenspaketen verpflegen, zu teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin Haderthauer, Ihre Sozialpolitik hat keine erkennbare Linie: hier mal Flickschusterei, dort mit der Gießkanne, hier sinnentleerte Einsparungen. Frau Ministerin, Sozialpolitik sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Meyer für die FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Verständnis der Liberalen von Sozialpolitik soll der Staat dann und dort unterstützend tätig werden, wo und solange es notwendig ist. Er soll Leistungen auch einmal einstellen, wenn sie entbehrlich geworden sind, und er soll sich umschauen und genau hinschauen, wo frei gewordenes Geld eventuell an anderer Stelle besser eingesetzt werden kann, dort nämlich, wo neue Not entstanden ist. Vor diesem Hintergrund gelten für uns steigende Sozialleistungen im Haushalt nicht per se als ein Erfolg. Denn eigentlich ist das politische Ziel, dass möglichst viele Menschen ohne staatliche Hilfe und Unterstützung auskommen. Gute Sozialpolitik ist aus unserer Sicht in ihrem Bestreben zielgenau, nachhaltig und setzt auch präventiv an. Das kann sie natürlich noch besser in Zeiten, in denen es wirtschaftlich gut geht. Gute Sozialpolitik setzt eine gute Wirtschaftspolitik voraus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dass wir in Bayern hierfür sehr gute Voraussetzungen haben, wurde gestern in der Aussprache zum Einzelplan 02 eindrucksvoll dargestellt. Dem Wirtschaftsminister wurde für seine gute Arbeit ausdrücklich gedankt, und das möchte ich an dieser Stelle von meiner Seite auch noch einmal tun.

(Beifall bei der FDP)

Der Sozialhaushalt hat mit seinen 3,59 Milliarden in 2013 und den 3,64 Milliarden in 2014 ein gewaltiges Volumen. Für dieses mächtige Zahlenwerk möchte ich an dieser

Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums sagen, die dieses Werk zusammengestellt haben, und auch für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Es ist für sie nicht immer ganz einfach bei uns im Sozialausschuss.

Nicht nur bei den Pflichtaufgaben, sondern auch im Bereich der freiwilligen Leistungen setzt der Sozialhaushalt deutliche Zeichen. Einen Schwerpunkt mit nachhaltigen Auswirkungen von Sozialleistungen sehen wir in der Familienpolitik. Es wurde schon gesagt: Fast 50 % der Mittel des Einzelplans 10 werden für familienpolitische Leistungen ausgegeben. Wenn Sie dann sagen, liebe Kollegin Naaß, das sei alles viel zu wenig und viel zu schlecht, dann frage ich mich, ob Sie unsere Leistungen einfach nicht sehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Auf die hohen Investitionen im frühkindlichen Bereich wird mein Kollege Karsten Klein anschließend etwas näher eingehen. Ich möchte auf einen Bereich eingehen, der uns sehr wichtig ist, nämlich auf die Familienhilfe und explizit auf die Familienbildungsstätten. Aus unserer Sicht leisten Eltern- und Familienbildungsstätten im Rahmen des Gesamtkonzepts einen wichtigen Beitrag für die Familien in der bayerischen Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein passgenaues Angebot an Familienbildung vor Ort ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Sie wirkt präventiv bei Problemen in den Familien, fördert die Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, bietet einen Treffpunkt für Familien und gibt Tipps und Hilfestellung in Fragen der Erziehung sowie für viele weitere Bereiche des Lebens. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Familienbildungsstätten mit den Kita-Müttern und den Familienzentren, den

Schulen und Horten vor Ort bedarf einer übergeordneten Struktur, damit sie innovativ und nachhaltig ist.

Neben der Familienbildung haben wir uns auch für die Selbsthilfekoordinationsstelle in Bayern eingesetzt. Selbsthilfe ist für uns Liberale grundsätzlich ein ganz wichtiger Pfeiler in unserem gesamten Gesundheits- und Sozialsystem.

(Beifall bei der FDP - Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

Selbsthilfe, die durch Förderung mit dem Ziel geweckt wird, selbstbestimmt und eigenverantwortlich das Leben zu führen, sehen wir als eine ganz wichtige Konzeption in der Sozialpolitik.

Den Einsatz finanzieller Mittel zum Beispiel unter dem Aspekt, dass neue Not entstanden ist, sehen wir als FDP-Fraktion im Bereich Asylpolitik. Dank der guten Steuereinnahmen konnten wir für den erhöhten Zugang von Asylbewerbern in den Gemeinschaftsunterkünften sofort 25,3 Millionen Euro sowie 2,3 Millionen für zusätzliches Personal in der Unterbringungsverwaltung und 800.000 Euro für die Erstattung der Kosten der Kommunen für Personal und Vormundschaften im Bereich der Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in den Haushalt einstellen.Ich danke meiner Fraktion dafür, für die klare und bedingungslose Unterstützung und ihren Einsatz, dass die Mittel für die Asylsozialberatung so massiv aufgestockt werden konnten. Wir haben das bereits im Nachtragshaushalt 2012 mit 1,2 Millionen Euro getan; in den Jahren 2013 und 2014 werden wir mit jeweils 750.000 Euro nachlegen. Damit stehen für die Asylsozialberatung nun 3,4 Millionen Euro zur Verfügung, was einem Zuwachs von fast einem Drittel der vorherigen Summe entspricht.

Die Asylberatungsstellen leisten einen ganz wichtigen Beitrag für die in Bayern lebenden Asylbewerber. Die Mitarbeiter dieser Einrichtungen sind in letzter Zeit − das gebe ich zu − bis an den Rand ihrer Kapazitäten und ihrer Möglichkeiten gegangen. Eine weitere Erhöhung der Mittel im Rahmen des Doppelhaushaltes war deshalb für uns eine Selbstverständlichkeit. Das war für mich ganz besonders wichtig. Da brauchen

wir keine Anträge von irgendwelchen Oppositionsparteien; solche Dinge bringen wir selber im Rahmen der Haushaltsberatungen einfach ein. Der Haushalt wird vorgelegt; er wird überarbeitet und beraten. Auch wir haben hier einen Bedarf gesehen und uns deshalb dafür eingesetzt, dass die Streichung der Mittel für den Landesbehindertenplan abgemildert wird.

(Beifall bei der FDP)

Meiner Meinung nach wäre es nämlich ein ganz schlechtes Zeichen gewesen, wenn wir − da gebe ich Ihnen recht − jetzt, wo wir kurz vor der Fertigstellung des Bayerischen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stehen, diese Mittel stark gekürzt hätten. Die Sozialpolitiker der CSU und der FDP-Fraktion haben deshalb gemeinsam und kräftig an einem Strang gezogen, um die Mittel in Höhe von 3,5 Millionen Euro im Haushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dafür danke ich vor allen Dingen dem Kollegen Joachim Unterländer für das gute Miteinander und allen Sozialpolitikern, die das in den Fraktionen unterstützt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

CSU- und FDP-Fraktion sind sich einig, dass die zentralen Bausteine der Inklusionspolitik keinen Stillstand und keinen Rückschritt erfahren dürfen. Der Ausgleich von Nachteilen für Menschen mit Behinderung, um ihnen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe staatlicher Sozialpolitik. Die Einführung eines Taubblindengeldes war für uns selbstverständlich und ein wichtiger Schritt für die betroffenen Menschen. Wir haben es im Haushalt eingestellt, und es wird Wirkung erzeugen, wenn wir den Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Damit ist mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für eine bestimmte Gruppe − das gebe ich zu − verbunden.

Es ist immer eine der schwierigsten Aufgaben der Sozialpolitik, abzuwägen, wo Hilfe wirklich notwendig ist, wo durch Prävention Nachfolgekosten verhindert werden können und wo vielleicht die Möglichkeiten der Selbsthilfe nicht ausreichend genutzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wenn wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts realisieren wollen − das halten wir in der FDP und in der Koalition für ein wichtiges Ziel − und wenn wir in der Sozialpolitik schlagkräftig bleiben wollen, müssen wir auch in der Sozialpolitik Prioritäten setzen, gerade in Zeiten, in denen es uns gut geht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es bleiben 1.53 Minuten, Herr Kollege Klein. Herr Unterländer, Sie sind der Nächste; ihm folgt dann Kollege Klein. Bitte schön, Herr Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sozialhaushalt, sprich: Einzelplan 10 des bayerischen Haushalts, ist ein Ausdruck moderner Sozialpolitik und der Handschrift dieser Regierungskoalition.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt!)

Wir können uns mit diesen Leistungen und mit den Maßnahmen auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern weiß Gott sehen lassen. Wir haben in den meisten Bereichen − ich darf bei der Kinderbetreuung beginnen − ein Tempo an den Tag gelegt, bei dem ein Vergleich mit den anderen westlichen Ländern mehr als auszuhalten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung hat absolute Priorität. Bei Einrichtungen, die heute schon − wir haben eine gute Grundausstattung, was die Qualität anbelangt − einen Anstellungsschlüssel haben, der weit unter dem sogenannten

Mindestanstellungsschlüssel liegt, kommt das System des Basiswertes Plus zum Tragen und hilft auch diesen Einrichtungen. Alle Einrichtungen sollen in ihrer qualitativen Arbeit gestärkt werden. Wir sind sehr dankbar dafür, dass diese Priorität gesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Gleichzeitig bieten wir einen Zuschuss zum letzten Kindergartenjahr und Verbesserungen, die die Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beinhaltet. Ministerin Christine Haderthauer hat bereits auf die starke Förderung im inklusiven Bereich hingewiesen. In den Kindertagesstättenförderungen anderer Länder suchen wir solche Modelle. Bayern ist ganz vorne dran. Diesen Weg wollen wir auch konsequent weitergehen.

(Christa Naaß (SPD): Stimmt doch gar nicht!)

Bayern muss auf dem Weg zum Familienland Nummer 1 in Deutschland weiter gestärkt werden. Für mich ist es schon problematisch, dass Sie auch bei dieser Gelegenheit wieder auf das Betreuungsgeld eingehen. Ich will das jetzt nicht machen. Hören Sie doch einmal mit der Haarspalterei und mit der Ideologisierung auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es steht uns nicht zu, meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Naaß, zu qualifizieren, welche Lebensbiografie, welchen Weg Familien gehen.

(Christa Naaß (SPD): Wer macht denn das?)

Wir wollen alle Familien in allen Situationen unterstützen. Deswegen haben wir im Gegensatz zu verschiedenen Oppositionsfraktionen das Landeskindergeld weiter gesichert, gerade für diejenigen, die ein geringeres Einkommen haben. Es ist notwendig, dass wir Schwerpunkte im Bereich der Alleinerziehenden und der Mehr-Kinder-Familien setzen. Das zieht sich durch den gesamten bayerischen Landeshaushalt.

Wir als Politiker müssen darüber hinaus auch eine Aufgabe erledigen, die nicht allein mit dem Haushalt zu definieren ist, nämlich die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. Hier ist eine der großen Baustellen in unserer Gesellschaft, und hier sind Schwerpunkte zu setzen. Es darf keine Tarifverhandlungen mit Manteltarifverträgen mehr geben, in denen das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht eine dominierende Rolle spielt.

(Beifall bei der CSU)

Dafür müssen wir uns auch einsetzen, meine Damen und Herren.

Pflegebedürftige Menschen müssen im Freistaat Bayern beste Rahmenbedingungen haben. Dies heißt: Wir brauchen Qualität in der Pflege; wir brauchen Transparenz in der Pflege. Deswegen ist es auch notwendig, dass die Ergebnisse der Überprüfungen transparent vorgelegt werden, über die in Zukunft noch zu beraten sein wird.

(Christa Naaß (SPD): Wir brauchen Menschen in der Pflege!)

Neue Modelle der ambulanten Pflege und neue Wohn- und Pflegeformen haben für uns Priorität und werden im Landesnetzwerk Pflege mit entsprechenden Mitteln dotiert. Nachdem nahezu 70 % aller pflegebedürftigen Menschen in den bayerischen Familien gepflegt werden, danke ich in diesem Zusammenhang den Ehepartnern, den Kindern und sonstigen Verwandten dafür, dass sie diese großartige Leistung für den Sozialstaat, den Freistaat Bayern leisten. Wir wollen sie dabei unterstützen. Wir wollen sie auch in der Bundespolitik, in der Pflegepolitik stärker unterstützen. Dafür ein herzliches "Vergelt’s Gott" an die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Menschen mit Behinderung benötigen bestmögliche Förderung und Perspektiven der Inklusion. Wir unterscheiden uns aber im Landtag des Öfteren voneinander in den Wegen, wenn wir sagen: Die Pflege oder die Förderung von Menschen mit Behinderung muss nach individuellen Gesichtspunkten bestmöglich dort erfolgen, wo es für

die Familien, wo es für die Betroffenen den besten Ansatz gibt, wo also die bestmögliche Förderung sinnvoll ist. Das gilt für den Bildungsbereich genauso wie für die Maßnahmen der Behindertenhilfe und der Inklusion.Für die Umsetzung der EU-Behindertenrechtskonvention gibt es mehrere Wege, und es gilt, weiter miteinander daran zu arbeiten. Die Einführung des Taubblindengeldes wurde bereits angesprochen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist zu wenig!)

Dieses Gesetz wird rückwirkend zum 01.01.2013 auf alle Fälle die Leistungen sicherstellen. Wir werden in der Barrierefreiheit und in der Kommunikation für Menschen mit Behinderung entsprechende Unterstützungsleistungen ermöglichen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, noch zwei Punkte der Behindertenpolitik anzusprechen, die mir besonders wichtig erscheinen. Die Kostenträger haben unter Kostengesichtspunkten noch nie Leistungen für Menschen mit Behinderung so kritisch hinterfragt wie gegenwärtig. Ich wünsche mir, dass die kompetente Berücksichtigung von Anträgen mehr im Vordergrund steht als das Abwehren von Aufwendungen in der Eingliederungshilfe.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen hierbei auch im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsverhandlungen mit den Bezirken immer im Gespräch bleiben; denn dabei bedarf es dauerhafter Lösungen zum Beispiel auch im Bereich der Schulbegleiter, wo wir noch keine entsprechenden Regelungen haben. Auch der Bayerische Landesplan für Menschen mit Behinderung ist ein Ausdruck notwendiger Investitionen. Wir haben nachgebessert. Im Ergebnis darf es real durch den Vollzug im kommenden Jahr nicht zu Kürzungen kommen. Wir brauchen dazu eine weitere Überprüfung und werden daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement müssen gestärkt werden. Auch in der Hospiz- und Palliativversorgung steht die bayerische Sozial- und Gesundheitspolitik vor vorrangigen Aufgaben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss auch von meiner Seite einen tiefen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltungen in den unterschiedlichen Bereichen, die wirklich hervorragende Arbeit leisten. Dafür an dieser Stelle ein "Vergelt's Gott" auch von der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der politischen Spitze, der Ministerin Christine Haderthauer, sowie Staatssekretär Markus Sackmann, an den wir mit seinen Schwerpunkten und seiner Arbeit, die er hoffentlich bald wieder erfüllen kann, besonders denken sollten.

(Allgemeiner Beifall)

Ein herzliches Dankeschön gilt auch allen Akteuren des sozialen Bayern, die ihre Kompetenz ehrenamtlich oder hauptamtlich einbringen. Nur so gelingt es uns, das große Kunstwerk "soziales Bayern" weiterzuentwickeln. Dafür bieten wir die Voraussetzungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Unterländer. Nächster Redner ist Herr Kollege Klein. Ihm folgt Frau Staatsministerin Haderthauer. Bitte, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Gesellschaftsbild, aber vor allem die Lebenswirklichkeit hat sich für viele Menschen dramatisch geändert. Deshalb ist es richtig, dass wir in den letzten vier Jahren erheblich in den Ausbau der Bildungsstätten und der Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert haben. 2008 lag die Betreuungsquote bei den Kindern

unter drei Jahren noch bei 13 %; sie wird im nächsten Jahr gemäß der Ausbauplanungen bei 38 % liegen. Damit wird das Ziel, das die Bundesregierung einst vorgegeben hat, bei Weitem übererfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist richtig, was die "Augsburger Allgemeine" heute feststellt: "Der lange vernachlässigte Ausbau der Kinderbetreuung wurde im Eiltempo vorangetrieben." Das bestätigt noch einmal den Erfolg und die Arbeit dieser Koalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Wir liefern auch die Mittel, die im aktuellen Haushalt angefordert werden, immer wieder nach. Ich darf daran erinnern, dass wir nach den Beratungen in St. Quirin im Juli dieses Jahres bis zur Behandlung jetzt im Ausschuss noch einmal 86 Millionen Euro beim Krippenausbau nachgesteuert haben. Das hat Ministerin Haderthauer im Zuge der Steuerschätzung nachgemeldet. Auch das zeigt, dass wir zu unserem Wort stehen, den Ausbau zu forcieren.

Wichtig ist natürlich auch, dass wir die Qualität im Auge behalten. Wir verringern den Schlüssel zwischen Betreuer und Kindern jetzt zum zweiten Mal von früher 12 auf 11,5 und jetzt von 11,5 auf 11, und wir werden nach dem ersten Schritt des letzten kostenfreien Kindergartenjahres von 50 Euro − ein großer Erfolg dieser Koalition im September 2012 − ab dem nächsten Jahr in einem zweiten Schritt auf 100 Euro gehen. All das untermauert, welchen Stellenwert für uns die frühkindliche Bildung hat. Das wird so weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank für Ihre Disziplin, Herr Kollege. Frau Staatsministerin, Sie haben jetzt zum Ende der Aussprache das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für eine wertorientierte Politik müssen Soziales und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Wir zahlen Schulden zurück und investieren gleichzeitig kraftvoll in die Zukunft. Die Zukunft sind die Menschen, die in Bayern leben. Die Menschen, die hier leben, sagen: Wir leben gerne hier. Das kommt daher, dass wir ihnen Perspektiven geben. Das ist anders, als es in Berlin oder in anders regierten Ländern der Fall ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Wenn ich an unsere Jugend denke und an die hohen Jugendarbeitslosenzahlen in Europa, dann wissen wir in solchen Zeiten umso mehr, was wir richtig gemacht haben und dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Christa Naaß (SPD): Etwas weniger Arroganz wäre schön!)

Unsere Botschaft an die Menschen bei uns lautet: In Bayern wird jeder geschätzt. Sein Einsatz lohnt sich. Die Eigenverantwortung ist erwünscht. Wir wollen den Menschen Eigenverantwortung nicht abgewöhnen, sondern wir glauben daran, dass der Bürger es besser kann als der Staat.

(Beifall des Abgeordneten Professor Dr. Georg Barfuß (FDP))

Daher lehnen wir die oberlehrerhafte, einmischende, moralisierende Politik mit dem Zeigefinger ab, die GRÜNE und SPD immer wieder zu ihrem Weltbild machen.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Menschen ermöglichen, so zu leben, wie sie es wollen. Das ist ein moderner bürgerlicher Politikansatz; es ist eine Politik des Ermöglichens, die wertschätzt und fördert, aber nicht irgendeine Ideologie, sondern das, was die Menschen tatsächlich wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das heißt: Familiensinn fördern, Eigenverantwortung und Ehrenamt fördern, aber eben auch Solidarität leisten und Teilhabe ermöglichen, wo Menschen diese Unterstützung brauchen.

Ganz besonders − damit möchte ich beginnen − gilt das für die Arbeitswelt, denn die Teilhabe an der Arbeit ist mehr als nur eine Wohlstandsgrundlage. Sie ist eine Grundlage für Sinngebung im Leben und für Identität. Dafür brauchen etliche Menschen Unterstützung. Darauf liegt unser Augenmerk mit 140 Millionen Euro allein in diesem Doppelhaushalt, die wir in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allen Dingen für Männer - Frauen haben das meist besser gelöst als die Männer - investieren und die wir investieren in die Chancen von Frauen in der Arbeitswelt. Wir investieren sie auch für Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf und für Menschen mit Behinderung, die immer noch unter viel zu vielen Vorurteilen in der Arbeitswelt zu leiden haben. Und wir investieren diese Mittel, damit Menschen mit Migrationshintergrund und älteren Menschen optimale Chancen gewährt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich über ältere Menschen spreche, gehört für mich auch dazu, dass wir im Zeichen einer modernen Sozialpolitik wegkommen von der traditionellen Altenhilfepolitik hin zu einem seniorenpolitischen Gesamtkonzept, das durch alle Ebenen der Politik hindurch stimmig sein muss. Deswegen ist es richtig, dass wir die Mittel auf die Förderung neuer Wohnformen konzentrieren, auf die Möglichkeit, selbstbestimmt im Alter zu leben, und auch auf neue Weichensetzungen im Bereich der Pflege.

Da geht es um ambulant betreute Wohngemeinschaften, die wir fördern, aber auch um unseren Einsatz im Bund für Verbesserungen, die den Bereich Demenz betreffen und die zum Teil bereits im Pflegeneuausrichtungsgesetz vorgesehen sind.

Dazu gehört unser Einsatz für die generalisierte Pflegeausbildung. Wir brauchen auch eine Pflegeausbildung, die von Anfang an kostenlos ist für alle, wie es derzeit in der Krankenpflege der Fall ist. Unsere bayerischen Schulmodelle sind da bundesweit Vor-

reiter und Muster für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die wir von Bayern aus anführen.

Ein Wort noch zu den Angehörigen. Sie sind der Pflegedienst der Nation in unserem Land. Zwei Drittel der Betroffenen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Deshalb möchte ich auch die Angehörigenfachstellen erwähnen, die eine deutlich besser koordinierte Arbeit leisten als das, was immer als aufoktroyierte Lösung mit Pflegestützpunkten als Zwangsbeglückung für Bayern versucht wird.

Wir stellen fest: Unsere Kommunen haben das alles schon längst gehabt, was sich der Bund irgendwann einmal ausgedacht hat. Wir wollen eine Anlaufstelle für die Angehörigen, denen ich sagen möchte: Sie tragen eine ungeheure Verantwortung. Wir sollten vor allem eine Lobby der Angehörigen sein; denn die meisten Menschen wollen in der Familie gepflegt werden. Die Strukturen hierfür zu verbessern, muss unser aller Anliegen sein. Darauf legen wir das Hauptaugenmerk bei unserer Politik in Sachen Pflege.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich über ältere Menschen spreche, spielt dabei natürlich auch das Thema der sozialen Situation eine Rolle. Ich sage Ihnen ganz klar: Die Hauptursache für die Altersarmut oder das Risiko der Altersarmut ist immer noch, dass die Menschen Zeiten mit Familienarbeit verbracht haben. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung unserer Forderung, dass die Kindererziehung bei der Rente besser bewertet wird. Es wäre wunderbar, wenn Sie hier auch mitmachten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Mindestlohn!)

Es muss uns von Anfang an darum gehen, Chancen zu gewähren.

(Christa Naaß (SPD): Wir müssen die Menschen angemessen bezahlen!)

Wir müssen damit bei den Familien beginnen, die der absolute Schwerpunkt unserer Politik sind. Das gilt nicht nur für die finanzielle Unterstützung, die es in Bayern wie in keinem anderen Land gibt. Wir müssen auch die familienergänzenden Strukturen ausbauen. Zum einen geht es hier um die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Sogar die Oberbürgermeister der Städte, die hier den größten Nachholbedarf haben, nämlich Ude und Maly, sagen inzwischen öffentlich, dass es nicht an der Förderung durch den Freistaat liegt, dass sie nicht hinterherkommen. Das ist das beste Zeugnis, das uns ausgestellt werden konnte.

(Beifall bei der CSU)

Wir können bundesweit das Land suchen, das so dynamisch fördert, dass die Kommunen die Betreuungsplätze so ausbauen können, wie es in Bayern der Fall ist. Wir geben mit einem ungedeckelten Förderprogramm eine Krippenplatz-Ausbaugarantie für die Bürgermeister. Gleichzeitig investieren wir in die Qualität und entlasten zudem noch die Eltern. Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle ein; denn wir wissen, dass es nicht nur um die Plätze geht. Unseren Eltern in Bayern ist auch wichtig, wie es ihren Kindern geht und dass sie gut betreut werden. Wir müssen die Bildung stufenweise und schrittweise beitragsfrei stellen.

Liebe Frau Ackermann, ich kann Ihnen einige Bemerkungen nicht ersparen; denn Sie haben wieder Steilvorlagen geliefert. Es war ein netter Versuch, aber der ganze Aufbau Ihres Vortrags basiert auf wissentlich falschen Behauptungen. Das letzte Mal konnte man noch Fahrlässigkeit annehmen, aber diesmal nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Sie wiederholen unverdrossen falsche Behauptungen in der Hoffnung, dass diese von irgendjemandem ungeprüft übernommen werden. Das passiert in der Medienlandschaft auch ab und zu. Deswegen versuchen Sie das auch immer wieder. Ihre Behauptung, Erzieherinnen würden nicht freigestellt, ist falsch. Sie sind freigestellt. Der Verwaltungsaufwand ist eingepreist.

Es ist falsch, wenn Sie sagen, dass der Bedarf für Kinder unter drei Jahren nicht berücksichtigt werde. Bayern hat als einziges Land Gewichtungsfaktoren, mit denen diesem Bedarf Rechnung getragen wird. Es ist falsch, wenn Sie sagen, nicht alle Einrichtungen seien inklusiv. Bayern ist das einzige Land, das mit dem Gewichtungsfaktor 4,5 sicherstellt, dass jede Einrichtung Kinder mit Behinderung aufnehmen kann. Die Türen sind in jeder Einrichtung offen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist doch nicht inklusiv! Was soll denn das?)

Es ist falsch, wenn Sie sagen, nicht jede Einrichtung würde vom Basiswert Plus profitieren, den es für kleinere Gruppen gibt. Natürlich bekommen im Rahmen der höheren Förderung alle Einrichtungen diesen Mehrwert, ganz egal, ob dort der bessere Anstellungsschlüssel bereits umgesetzt worden ist oder nicht.

Ich möchte noch ein Wort zur Integrationspolitik sagen: Weil wir gegen die Stimmen der GRÜNEN verpflichtende Deutschkurse eingeführt und die Integrationspolitik gemacht haben, die inzwischen Vorreiter für ganz Deutschland ist, haben Kinder mit Migrationshintergrund bei uns die besten Chancen, bessere Chancen als in jedem anderen Bundesland. Das muss ich an dieser Stelle deutlich machen.

(Beifall bei der CSU)

Dies steht auch heute wieder in der Zeitung. Das haben Studien ergeben, die nicht wir in Auftrag gegeben haben. Diese besseren Chancen haben Kinder mit Migrationshintergrund bei uns bereits in der Grundschule.

Zu den Ausbauzahlen: Das Statistische Landesamt kann nichts dafür, aber Sie sehr wohl. Das Statistische Landesamt hinkt immer mit seinen Zahlen hinterher. Natürlich stammen die Zahlen des Landesamtes vom 1. März. Ich habe die Zahlen des neuen Kindergartenjahres. Zurzeit haben wir 97.000 Plätze. Wenn Sie berücksichtigen − was Sie wahrscheinlich nicht wissen -, dass ein Jahrgang 100.000 Kinder ausmacht, haben wir momentan einen Ausbaustand von 43 %; denn wir brauchen für zwei Jahr-

gänge diese Plätze. Der Rechtsanspruch gilt ab dem ersten Geburtstag. Das bedeutet, es geht immer um zwei Jahrgänge, also um 200.000 Kinder. Momentan haben wir 97.000 Plätze, im nächsten Jahr werden es circa 120.000 Plätze sein. Liebe Frau Ackermann, das können sogar Sie ausrechnen: Wir werden dann bei einem Ausbaustand von über 50 % sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch kurz auf das Thema Familie aus einem anderen Aspekt eingehen. Sie vergießen ständig Krokodilstränen über die hohe Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden. Natürlich haben Alleinerziehende ein höheres Armutsrisiko als Paar-Haushalte. Das ist eine Binsenweisheit, da nur ein Einkommen zur Verfügung steht. Schauen Sie aber bitte genau in den Sozialbericht: In Bayern werden die Alleinerziehenden am wirksamsten abgefedert. Deshalb haben Alleinerziehende in Bayern im bundesweiten Vergleich mit die geringste Armutsgefährdungsquote; denn bei uns gibt es gegen Ihre Stimmen und Ihre Meinung immer noch ein Landeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist die wichtigste bayerische Hilfe für Alleinerziehende. Davon profitieren praktisch alle Haushalte mit Alleinerziehenden. Wenn Sie das nächste Mal die Abschaffung des Landeserziehungsgelds fordern, wissen Sie, dass Sie die Abschaffung der wichtigsten Maßnahme für Alleinerziehende in unserem Lande fordern; nur damit Sie hier orientiert sind.

Weil es so schön reinpasst, muss ich noch etwas sagen: Frau Naaß, 52 % der Eltern in Westdeutschland sagen, dass Kinder unter drei Jahren am besten in der Familie aufgehoben sind. Das Betreuungsgeld ist somit wirklich keine Leistung, die in diesem Lande niemand will. Es ist eine Leistung, um die Wahlfreiheit sicherzustellen.

(Christa Naaß (SPD): Dagegen sprechen alle Umfragen!)

Sie sprechen Eltern ab, dass sie das Beste für ihre Kinder wollten.

(Christa Naaß (SPD): Das sagen Sie!)

Sie glauben, Sie könnten Kinder besser als Eltern erziehen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist gelogen!)

Das ist nicht unsere Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Eine weitere Maßnahme, die mir wichtig ist, weil sie Chancen sichert, ist die Jugendsozialarbeit an Schulen. Wir investieren hier in einer Art und Weise wie bundesweit kein anderes Land. Wir haben derzeit ein großes Netz von Jugendsozialarbeit an Schulen, das unsere Kommunen aufgebaut haben, weil wir es mit 450 Stellen an 635 Schulen gefördert haben. Damit stehen wir bundesweit an der Spitze. Sie wissen, dass unser Ziel lautet, 1.000 Stellen zu schaffen. Deshalb haben wir die Mittel in jedem Jahr erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in die JaS-Förderung einfließen und dafür verwendet werden können. Diese Lösung haben die Kommunen sehr begrüßt. Uns wurde dadurch eine noch kraftvollere Unterstützung ermöglicht. Wir wissen, dass die Bundesmittel irgendwann auslaufen werden. Wir haben schon jetzt das Versprechen abgegeben, dass wir in diesem Fall in vollem Umfang mit Landesmitteln eintreten werden.

Kolleginnen und Kollegen, in keiner Legislaturperiode ist für Asylbewerber so viel Positives geleistet worden wie in dieser Legislaturperiode. Ich weiß, dass Ihnen das jetzt furchtbar wehtut.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in Bayern zu Beginn meiner Amtszeit Leitlinien eingeführt. Dazu brauchte ich wirklich keine Anträge der Opposition. Das ist Ihnen auch gar nicht eingefallen. Mit diesen Leitlinien werden einheitliche bauliche Standards vorgesehen. Darin ist vorgesehen, dass Familien Wohnungen bekommen. Darin sind Belegungs- und Quadratme-

terzahlen festgelegt, weil es sehr unterschiedliche Gemeinschaftsunterkünfte gab. Wir haben zweistellige Millionenbeträge eingestellt, die nicht für die Schaffung von mehr Plätzen verwendet wurden. Dafür haben wir unglaublich viele Mittel eingestellt. Diese zweistelligen Millionenbeträge wurden nur in bauliche Verbesserungen investiert.Wir haben miteinander dafür gesorgt, dass die Möglichkeiten zum Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften deutlich erweitert worden sind, sodass mittlerweile die Hälfte der abgelehnten Asylbewerber und derjenigen, deren Verfahren noch läuft, in Privatwohnungen in Bayern lebt. Wir haben aber auch immer deutlich gemacht, dass Konsequenz für uns wichtig ist. Bei denjenigen, die hier mit Sicherheit keine Aufenthaltsberechtigung bekommen, wird dann eben auch durch das Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft und durch das Sachleistungsprinzip, sichergestellt, dass die Steuergelder als Lebensmittel in den Familien ankommen, und sehr deutlich gesagt, dass sie bei uns nicht auf eine Verfestigung ihres rechtlich nicht abgesicherten Zustandes hoffen können. Wir sehen Asyl- und Bleiberecht dort, wo das Gesetz sie vorsieht, aber nicht, wenn es von vornherein missbräuchlich in Anspruch genommen wird.

Die Asylsozialberatung ist natürlich eine wichtige Leistung.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Bauer, ich bin froh, dass nicht stimmt, was Sie gesagt haben; wir haben nämlich nicht nur 750.000 Euro hierfür eingestellt. Diese 750.000 Euro sind nur die Erhöhung für 2013. Mittlerweile geben wir für diese Leistung 3,4 Millionen Euro aus. Das ist dreimal so viel wie zu Beginn der Legislaturperiode, eben genau weil sich die Situation verändert hat

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

und weil wir Asylsozialberatung in jeder Gemeinschaftsunterkunft und wo möglich auch bei der dezentralen Unterbringung darstellen wollen.

Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich freue ich mich auch darüber, dass der Landtag einen Teil der Mittel, die ich im Haushalt beantragt hatte, für die Leistungen im Landesplan für Menschen mit Behinderungen jetzt genehmigt hat oder hoffentlich genehmigen wird.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Mein herzlicher Dank gilt dabei der Kollegin Meyer und dem Kollegen Unterländer. Aber zu der Botschaft gehört, dass Sie auch wahrnehmen, dass für Menschen mit Behinderung insgesamt über 300 Millionen Euro in diesen Haushalt eingestellt sind. Ich denke, man darf die Maßstäbe nicht ganz vergessen. Das Taubblindengeld ist bereits erwähnt worden.

(Christa Naaß (SPD): Das ist zu wenig!)

Mit unserem Blindengeld liegen wir mit einer Leistung von 534 Euro pro Monat bundesweit ebenfalls an der Spitze. Wenn sich die Zahl der Anträge vermindert, reduzieren wir auch den Ansatz. Aber so zu tun, als sei das mit einer Kürzung der Leistung verbunden, ist schon grenzwertig, liebe Kollegin von den GRÜNEN. Die Leistung für den einzelnen Betroffenen ist natürlich immer gleich geblieben.

Bei Menschen mit Behinderungen haben wir auch im Bund für entsprechende Weichenstellungen gesorgt. Auf die Idee eines Bundesleistungsgesetzes, das dafür sorgt, dass sich die Finanzierung verändert und die kommunale Ebene entlastet wird, wären Sie nie gekommen. Dieses Gesetz sorgt auch dafür, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung endlich inhaltlich stärker dem Grundsatz der Teilhabe folgen und nicht so sehr von dem überkommenen Gedanken der Fürsorge geprägt sind. Vor allem darf es nicht auf den Wohnort ankommen, wie die entsprechende Leistung ausgestaltet ist.

Ich komme zum Schluss. Auch das Thema Ehrenamt beschäftigt mich sehr. Beispielsweise findet das neu aufgestellte freiwillige soziale Jahr immer größeren Zuspruch.

Das sage ich an alle diejenigen, die meinen, wir bräuchten ein verpflichtendes soziales Jahr. Ihnen gegenüber möchte ich deutlich machen, dass wir gar keine Probleme damit haben. Wir haben jedes Jahr mehr Anträge für die Teilnahme am freiwilligen sozialen Jahr.

Wichtig ist mir auch die Ehrenamtskarte. Inzwischen gibt es sie in 50 Städten und Landkreisen in Bayern. Momentan haben wir über 13.000 Ehrenamtskarten ausgegeben. Mich freut, dass diese Initiative von Staatssekretär Markus Sackmann dazu geführt hat, dass wir ein bayernweites Netz von Vergünstigungen für Ehrenamtliche haben, die übertragbar sind: Sie können in allen Kommunen und Landkreisen, die die Ehrenamtskarte haben, wahrgenommen werden. Nicht nur deshalb, aber auch, weil das ein echter Renner ist und seine Idee und Initiative war, richte ich von hier aus einen herzlichen Gruß an Markus Sackmann, verbunden mit der Hoffnung, dass wir ihn bald wieder in unserer Mitte sehen.

(Allgemeiner Beifall)

Abschließend geht mein Dank an alle Akteure, an alle, die im sozialen Bereich Arbeit leisten. Da ist die Männerquote ziemlich schlecht, das möchte ich mal anmerken.

(Widerspruch bei der CSU - Erwin Huber (CSU): He, he, geht’s ein bisserl ruhiger? Bei der Feuerwehr sind wir stärker!)

Mein Dank geht an all diejenigen, die jeden Tag dazu beitragen, dass wir wirklich ein soziales Bayern haben, auch an die vielen Akteure und Verbände, mit denen wir immer wieder in konstruktiven Gesprächen sind, auch an die Sozialpolitiker der Regierungsfraktionen. Er gilt vor allem dir, lieber Joachim Unterländer, und dir, lieber Heinrich Rudrof, als demjenigen, der für meinen Einzelplan im Haushaltsausschuss verantwortlich ist, und Ihnen, liebe Frau Kollegin Meyer.

Der Sozialhaushalt spiegelt unsere Prioritäten, allen Menschen Chancen zu vermitteln, ohne Ihnen ein Weltbild vorzuschreiben, sie alle optimal teilhaben zu lassen,

damit sie wissen: Sie sind hier in Bayern geschätzt, sie werden gebraucht, und bei uns können sie sich am besten entfalten, bundesweit und − ich behaupte − auch europaweit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pfaffmann. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, in Ihrer bekannten Art und Weise haben Sie der bayerischen Bevölkerung wieder mal einen Strauß von Halbwahrheiten und Schönfärbereien unterbreitet.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU - Erwin Huber (CSU): He, he! Schmarrn!)

Aus diesem Grund möchte ich Sie mit ein paar Fragen konfrontieren, deren Beantwortung Sie aus Ihren Reden immer wieder tunlichst ausblenden. Ich denke dabei zum Beispiel an die Frage, warum in diesem wunderbaren sozialen Bayern 90.000 Menschen nach Feierabend aufs Sozialamt gehen müssen, damit sie ihre Familien ernähren können, während Sie nach wie vor jede Art von Mindestlohn oder Tariftreueregelung ablehnen.

(Zuruf von der CSU: Fragen Sie Ihren Altkanzler Schröder!)

Das ist Punkt eins.

Punkt zwei. Können Sie mir erklären, warum in der Pflegepolitik, die Sie so loben und preisen, Ihre Partei die Umsetzung des Demenzbegriffes und die Aufnahme in die Finanzierung der Betreuung demenzkranker Menschen ablehnt? Warum lehnt Ihre Partei das ab? Diese Haltung steht in krassem Widerspruch zu dem, was Sie hier gesagt haben.

Ferner möchte ich Sie fragen, warum Sie hier immer wieder mit Halb- und Unwahrheiten argumentieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Beispielsweise haben Sie gesagt, Sie unterstützten die generalistische Pflegeausbildung. Ich darf Sie demgegenüber daran erinnern, dass Ihre Partei entsprechende parlamentarische Anträge hier im Hause abgelehnt hat.

Sie sagen auch immer wieder, Sie wollten die kostenfreie Ausbildung in den Pflegeberufen. Darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihre Partei war, die im Hause parlamentarische Anträge auf Kostenfreiheit der Ausbildung in Pflegeberufen abgelehnt hat?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt: Sie bringen hier rhetorisch wohlformuliert einen Strauß von tollen Dingen, die mit der Wahrheit nichts zu tun haben. Sie, liebe Frau Staatsministerin, sagen bewusst die Unwahrheit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie sagen bewusst die Unwahrheit.

(Widerspruch bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Ihre Zeit ist abgelaufen! Aus! - Alexander König (CSU): Die Redezeit ist rum!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, die Zeit ist um; es tut mir leid.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erneut behaupten Sie, bei der Kinderbetreuung sei München hinten dran. Das ist die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kollege Pfaffmann, ich muss Ihnen leider den Ton nehmen und der Frau Staatsministerin geben. Zwei Minuten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich glaube, es ist nicht nötig, über die Zustimmung zu taktischen Anträgen deutlich zu machen, was wir hier immer wieder im Bund voranbringen und auch inzwischen an Problemen gelöst haben. Wir haben nämlich - -

(Zurufe von der SPD)

- Ja, soll ich jetzt antworten oder nicht? Überlegt euch, ob ihr lieber ein Zwiegespräch darüber führen wollt.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut! - Alexander König (CSU): Bring sie mal zur Besinnung!)

Ich glaube, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass wir das Ziel der Kosten - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die Arroganz der Macht!)

- Arrogant ist es, dauernd dazwischenzuquatschen, Herr Pfaffmann. Das ist arrogant.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich glaube, es gibt keinen Zweifel daran, dass wir uns in dem Ziel, die Ausbildung in der Altenpflege kostenfrei zu stellen, einig sind.

(Christa Naaß (SPD): Dann machen Sie es doch!)

Ich sage Ihnen auch, dass das Kultusministerium schon eine sehr gute Lösung mit den Trägern gefunden hat.

(Christa Naaß (SPD): Das ist keine gute Lösung!)

Diese Lösung hat dazu geführt, dass etwa ein Viertel der Träger kein Schulgeld verlangt. Wir haben es hier auch mit privaten Trägern zu tun, denen es trotz unserer Bezuschussung unbenommen ist, zusätzlich ein Schulgeld zu verlangen. Das Ziel ist die generalistische Pflegeausbildung, die von uns in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe massiv vorangetrieben wird, genauso wie wir die Demenz in den Pflegebegriff aufnehmen wollen. Ich weiß nicht, welchen Informationen Sie aufgesessen sind. Sie werden bei uns immer nur hören, dass wir uns auf allen Ebenen stark machen. Wir sind dauernd im Gespräch. Natürlich muss die Demenz als die Herausforderung der Zukunft in den Pflegebegriff aufgenommen werden.

Ich finde es schon pikant, dass Sie als Münchner danach fragen, warum es so viele Menschen gibt, die nach Feierabend, wie Sie es gesagt haben, zum Sozialamt gehen. Sie meinen damit die Aufstocker und Wohngeldbezieher. Der Hauptgrund dafür sind die hohen Mieten.

(Christa Naaß (SPD): Mindestlohn!)

Geholfen werden muss nämlich durch das Wohngeld. In einer Stadt, in der der soziale Wohnungsbau vom Oberbürgermeister völlig vernachlässigt worden ist, ist das kein Wunder.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Christine!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, jetzt ist Ihre Redezeit leider auch erschöpft. Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 10, die Änderungsanträge, auf die ich zu Beginn der Aussprache hingewiesen habe, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden

Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15004 zugrunde.

Vorweg müssen wir über einen Antrag abstimmen, den die FREIEN WÄHLER zur namentlichen Abstimmung gestellt haben. Es ist der Änderungsantrag auf Drucksache 16/13974. Er hat Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen zum Gegenstand. Dazu stehen die Abstimmungsurnen an gewohnter Stelle bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit. Nach Auszählung des Ergebnisses können wir mit dem weiteren Procedere fortfahren. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16.13 bis 16.18 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind jetzt um. Ich schließe die Abstimmung. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Bitte verlassen Sie aber nicht den Saal, denn danach kommt die Schlussabstimmung über den Einzelplan 10. Bitte verbleiben Sie im Saal. Wir geben das Ergebnis so schnell wie möglich bekannt.

(Unterbrechung von 16.18 bis 16.21 Uhr)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon Ihre Plätze einnehmen, können wir vielleicht eine Minute Zeit einsparen. Dann hätten wir auch eine bessere Übersicht für die nachfolgende Abstimmung. Jetzt ist es auch schon soweit. Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zum Änderungsantrag betreffend "Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen" auf Drucksache 16/13974: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 91. Es gab sieben Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15004 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15004 genannten Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. − Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? − Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. − Ich sehe Hände aus allen Fraktionen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Entschuldigung, ich sehe Stimmen von CSU, FDP, FREIEN WÄHLERN und SPD. Die Gegenprobe. − Enthaltungen? − Jetzt sehe ich die Stimmen der GRÜNEN-Fraktion. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15004 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14104 mit 14107, 14827 mit 14831 und 14895 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.